



**Info Dienst Nr. 10 / 27.05.2011**

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

am letzten Sonntag hat die SPD in Bremen einen überzeugenden Wahlsieg errungen. Mit Jens Böhrnsen an der Spitze, der wie kein anderer das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger genießt, und mit einem überzeugenden Profil bei den Themen Gerechtigkeit, Wirtschaft und Arbeit, konnte sich die SPD durchsetzen. Die rot-grüne Regierung ist nicht nur bestätigt worden, sondern die SPD konnte auch noch einmal Stimmen hinzugewinnen. Dieses Wahlergebnis ist eine Bestätigung für die gute Arbeit, die die Partei in Bremen leistet.

Die Botschaft ist eindeutig: Die Menschen wollen eine SPD mit Profil und eine SPD, die ihre Politik an der Alltagsrealität der Menschen ausrichtet. Die Ergebnisse der bisherigen Landtagswahlen haben gezeigt, dass wir dabei noch nicht am Ziel sind. Die Partei ist weiterhin in Bewegung.

Union und FDP mussten dagegen in Bremen schwere Verluste hinnehmen. Die CDU erzielt 20,1 Prozent der Stimmen und wird nur drittstärkste Kraft in Bremen. Im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl verliert sie 5,5 Punkte. Die FDP erzielt nach einem Minus von 3,4 Prozentpunkten einen Stimmenanteil von nur 2,6 Prozent und scheitert damit an der 5 Prozent Hürde. Die Regierung steht vor schwierigen Entscheidungen bei den Themen Energie und Europa. Doch in der Regierung dreht sich alles um sich selbst – und nicht um die Zukunft des Landes.

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

-----

Die Themen:

1. Regierungserklärung zum G8-Gipfel in Deauville und die Schuldenkrise in der Eurozone
2. Regierungserklärung zur Bundeswehr-Strukturreform
3. Klagen gegen Kinderlärm verhindern
4. Bundeswahlgesetz ändern

## **1. Regierungserklärung zum G8-Gipfel in Deauville und Schuldenkrise in der Eurozone**

Am Donnerstag dieser Sitzungswoche hat Angela Merkel eine 20-minütige absolut uninspirierte Regierungserklärung zum Gipfeltreffen der führenden Industriestaaten und Russlands (G8-Gipfel) am 26. und 27. Mai in Deauville (Frankreich) abgegeben.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier hielt der Bundesregierung eine Außenpolitik der Lethargie vor. Deutschland sei von einer anerkannten Führungsnation an die europäische Peripherie gerutscht. Auch die Beziehungen zu den USA dümmerten dahin. Die Bundesregierung sehe nur zu, wenn sich US-Präsident Obama um eine Friedenslösung für den Nahen Osten bemühe.

Themen des G8-Gipfels im nordfranzösischen Seebad Deauville sind die politischen Umwälzungen in Nordafrika, die Sicherheit des Internets sowie der Nato-Einsatz in Libyen. Daneben geht es um Konsequenzen aus der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima.

In Bezug auf die Situation in den arabischen Ländern hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits im März einen Marshallplan für Demokratisierung und Modernisierung im Mittelmeerraum vorgelegt. Wir brauchen einen strategischen Ansatz, der darauf zielt, die Demokratisierung und den Umbau der arabischen Staaten und Gesellschaften kraftvoll, schnell und über einen längeren Zeitraum hinweg zu unterstützen.

Den Marshall-Plan der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_datei/0,,14239.00.pdf](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14239.00.pdf)

Darüber hinaus hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Programm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung vorgelegt.

Sie finden es unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/054/1705481.pdf>

## **2. Regierungserklärung zur Bundeswehr-Strukturreform**

Am Freitag hat Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière in einer Regierungserklärung Eckpunkte der geplanten Bundeswehrreform vorgestellt. Vor einem Jahr leitete de Maizières Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) die Bundeswehrreform ein. Bereits beschlossen ist, die Wehrpflicht auszusetzen und einen neuen freiwilligen Wehrdienst ab 1. Juli einzuführen. In den Augen vieler Kritiker hinterließ zu Guttenberg jedoch keineswegs ein geordnetes Haus, sondern Chaos. De Maizière muss nun Lösungen präsentieren.

Zu den wichtigsten Punkten:

### **Zukünftige Truppenstärke**

Die Bundeswehr wird künftig aus 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten bestehen. Darüber hinaus wird mit 5.000 freiwilligen Kurzzeitdienern geplant. Dieser Umfang ist nach oben bis hin zu 15.000 Kurzzeitdienern geöffnet, falls sich genügend Interessierte finden. Insgesamt kann die Truppenstärke somit bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten betragen. Die Truppenstärke der Berufs- und Zeitsoldaten liegt damit weitgehend bei den Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion.

### **Kultur der Freiwilligkeit**

Die anvisierte Zahl von 5.000 Dienstposten für Freiwillige ist mutlos und nicht ausreichend, um den Nachwuchsbedarf der Bundeswehr zu decken. Es wird die Chance vergeben, für Nachwuchs aus der Mitte der Gesellschaft zu werben.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, ein Gesamtkonzept zur Stärkung aller Freiwilligendienste vorzulegen. In dieses Gesamtkonzept ist auch der Freiwilligendienst bei der Bundeswehr aufzunehmen. Die Reform der Bundeswehr muss zwingend durch ein Attraktivitätsprogramm begleitet werden.

### **Zivile Wehrverwaltung**

Die zivile Wehrverwaltung soll von geplanten 75.000 auf dann 55.000 Dienstposten reduziert werden. Das Verhältnis Zivilpersonal zu Soldaten wird damit weiterhin 1:3 betragen. Man ist um sozialverträglichen Personalabbau bemüht.

Die starke Reduzierung von nochmals 20.000 zivilen Dienstposten wird dazu führen, dass die Soldatinnen und Soldaten sich nicht auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können, sondern zusätzlich Verwaltungsaufgaben übernehmen müssen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, bei den Zivilbeschäftigten eine deutlich moderatere Reduzierung vorzunehmen. Sie wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen gibt und der Abbau sozialverträglich erfolgt.

### **Standorte**

Die drastische Reduzierung des Personalumfangs wird zu zahlreichen Standortschließungen führen. Die Bundeswehr ist dann noch weniger in der Fläche vertreten.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass bei den für den Herbst anvisierten Standortentscheidungen die Länder, Kommunen und Gemeinden eingebunden werden. Die Modernisierung der weitergenutzten Infrastruktur im Rahmen des laufenden Sofortprogrammes muss fortgesetzt werden.

### **Finanzen**

Die Streitkräfte sollen nachhaltig finanziert werden und mittelfristig finanzierbar bleiben. Die Finanzplanung bleibt in unseren Augen unseriös und insgesamt der Beweis einer verfehlten Steuer- und Finanzpolitik. Eine Antwort auf die Frage der Finanzierung der Reform ist der Minister schuldig geblieben. Am Einsparziel von 8,3 Milliarden Euro in der mittelfristigen Finanzplanung soll festgehalten werden, auch wenn der Einsparzeitraum um ein Jahr bis 2015 verlängert wurde. Damit zeigt sich, dass nicht etwa sicherheitspolitische Überlegungen Triebfeder der Reform sind, sondern allein fiskalische Gründe, um die schwarz-gelben Steuergeschenke zu finanzieren.

### **Das Ministerium**

Das Personal im Ministerium wird von 3.200 auf 2.000 reduziert. Die Rolle des Generalinspektors wird gestärkt. Er wird oberster militärischer Vorgesetzter und behält die Planungskompetenz sowie die militärpolitische Abteilung. Zukünftig soll es keine Inspektoren der Teilstreitkräfte mehr geben. Sie werden aus dem Ministerium ausgegliedert und übernehmen die Aufgaben eines Oberbefehlshabers im nachgeordneten Bereich. Mit seinen Entscheidungen zur Neustrukturierung des Verteidigungsministeriums hat der Minister wichtige sozialdemokratische Empfehlungen umgesetzt. Doppelstrukturen werden abgebaut.

### **Ausrüstung und Beschaffung**

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, umgehend eine realistische, finanzierbare Beschaffungs- und Ausrüstungsplanung vorzulegen, die für die Einsatzfä-

higkeit und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zwingend notwendig ist. Hier bleibt der Minister bisher weitere Angaben schuldig.

### **Der weitere Fahrplan**

|                   |  |
|-------------------|--|
| Sommer 2011:      | Grob- und Feinausplanung der militärischen und zivilen Organisationsbereiche |
| Okt. / Nov. 2011: | Bekanntgabe der Standortentscheidungen                                       |
| Bis 2017 / 2019:  | Einnahme der neuen Bundeswehrstruktur  |

### **Die Glückauf Kaserne in Unna**

Vor dem Hintergrund der geplanten Bundeswehr-Strukturreform und der Aussetzung der Wehrpflicht steht auch die Glückauf-Kaserne in Unna vor großen Herausforderungen. Aktuell ist die Standorterhaltung für die gesamte Politik im Kreis Unna eine große Aufgabe.

Gemeinsam mit den politischen Akteuren im Kreis setze ich mich für den Erhalt des Standortes ein. Ich bin überzeugt, dass die Glückauf-Kaserne eine wichtige Rolle für die Bundeswehr und die gesamte Region spielt. Davon konnte ich mich bei verschiedenen Besuchen, zuletzt Mitte Mai auf einer Informationsveranstaltung der Kaserne mit meinem Kollegen Michael Groschek aus dem Verteidigungsministerium informieren. Seit mehreren Monaten führe ich Gespräche mit den Soldaten und Vertretern der Zivilbeschäftigten.

In der Glückauf-Kaserne sind ca. 1.400 Soldaten stationiert. 162 Zivilbeschäftigte haben hier ihren Arbeitsplatz. Unna ist seit Jahrzehnten Bundeswehr-Standort, und die Präsenz der Bundeswehr wird hier von einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung begleitet.

Die Bundeswehr braucht ein Gesicht im Ruhrgebiet. Nachdem bereits zahlreiche Standorte geschlossen wurden, ist Unna der letzte bedeutende Bundeswehr-Standort im östlichen Teil des größten Ballungsraums Deutschlands. Die Präsenz vor Ort sichert nicht zuletzt auch Akzeptanz für die neuen Herausforderungen der Bundeswehr.

Gerade vor dem Hintergrund der ausgesetzten Wehrpflicht ist die Bundeswehr bemüht, sich weiterhin aus allen Teilen der Gesellschaft zu rekrutieren. Das Ruhrgebiet ist nicht nur als Ballungsraum von hoher Bedeutung sondern auch als Standort zahlreicher Bildungseinrichtungen. Sollen an den Berufskollegs der Region oder den Universitäten und Fachhochschulen des Ruhrgebiets Interessierte für die Bundeswehr gefunden werden, bietet sich Unna nicht nur wegen der räumlichen Nähe an sondern auch, weil es hier eine voll im Betrieb befindliche Kaserne gibt, in der man die verschiedensten Berufsfelder in der Bundeswehr auch live präsentieren kann.

### **3. Klagen gegen Kinderlärm verhindern**

Kinderlärm gehört zum Leben und kann nicht mit Verkehrs- oder Industrielärm gleichgesetzt werden. In der Vergangenheit haben Anwohner wegen Kinderlärm gegen Kindertageseinrichtungen und Baugenehmigungen geklagt und in Einzelfällen die Schließung dieser Einrichtungen erreicht. Die SPD-Bundestagfraktion hat schon vor Monaten die Regierung aufgefordert, ein politisches Signal für eine kinderfreundliche Gesellschaft zu geben und gesetzliche Regelungen zur Einordnung von Kinderlärm zu schaffen. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz soll dahingehend ergänzt werden, dass Kinderlärm in der Regel keine schädliche Umwelteinwirkung darstellt. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz ist die Kurzbezeichnung für das deutsche Gesetz zum Schutz vor

schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge. Auch im Bürgerlichen Gesetzbuch muss dies klargestellt werden, um Rechtssicherheit und Rechtsklarheit zu gewährleisten. Weder Beeinträchtigungen des Eigentums noch der Mietsache sollen aufgrund von Kinderlärm geltend gemacht werden dürfen. In der Baunutzungsverordnung müssen Kindertageseinrichtungen auch in reinen Wohngebieten zulässig sein. Schließlich muss die Regierung prüfen, inwieweit Klagen gegen Kinderlärm schon im Vorfeld unterbunden werden können, bspw. durch die Einplanung von Spielflächen im Städtebau.

Am Donnerstag votierten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages einstimmig für zwei gleichlautende und daher zusammengeführte Gesetzentwürfe der Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung, die diese Regelungen nun endlich schaffen. Damit muss Kinderlärm von Spielplätzen oder Kindertagesstätten künftig von Anwohnern toleriert werden.

Die verabschiedeten Gesetzentwürfe finden Sie unter <http://dip.bundestag.de/btd/17/048/1704836.pdf> und unter

<http://dip.bundestag.de/btd/17/057/1705709.pdf>

#### **4. Bundeswahlgesetz ändern**

Das Bundesverfassungsgericht hat das negative Stimmgewicht für verfassungswidrig erklärt. Es bewirkt, dass sich die Zweitstimme eines Wählers negativ auf die Mandatsverteilung der von ihm gewählten Partei auswirkt. Auch die steigende Zahl von Überhangmandaten verfälscht das Verhältniswahlrecht zunehmend. Überhangmandate können sogar eine Regierungsmehrheit ermöglichen, die sich nicht auf eine Zweitstimmen-Mehrheit stützt. Und schließlich kann das ersatzlose Ausscheiden jedes direkt gewählten Abgeordneten zu einem Mehrheitswechsel während der Wahlperiode führen.

Um diese Verzerrungen aufzuheben, hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt, der am Donnerstag beraten wurde. Dieser Gesetzentwurf sieht vor, Ausgleichsmandate für Überhangmandate einzuführen. Die Zahl der Abgeordneten würde dadurch soweit angepasst, dass Überhangmandate im Verhältnis der Parteien zueinander vollständig ausgeglichen werden. Des Weiteren schlägt die SPD-Bundestagsfraktion vor die Wiederbesetzung aller frei werdenden Mandate durch Listennachfolger vor. Nachwahlen wollen wir auf ihren unvermeidlichen Umfang beschränken, indem an die Stelle eines vor der Wahl wegfallenden Wahlkreisbewerbers der erste Landeslistenkandidat tritt, der sich nicht in einem Wahlkreis bewirbt.

Den Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter: <http://dip.bundestag.de/btd/17/058/1705895.pdf>